

ANTRAG

der Fraktion der NPD

Krawalle und Kosten vermeiden - kein G8-Gipfel 2015 in Mecklenburg-Vorpommern

Der Landtag möge beschließen:

1. Der Landtag stellt fest:

- a) Durch eine Neuauflage des Weltwirtschaftsgipfels G8 der größten Industrie-Nationen im Jahr 2015 in Mecklenburg-Vorpommern würden die in der engeren Wahl stehenden Austragungsorte (Heiligendamm, Binz) möglicherweise, in jedem Fall aber die in der Nähe befindlichen Städte (Hansestadt Rostock, Hansestadt Stralsund) zum Schauplatz von Ausschreitungen schwerkrimineller linksautonomer Gruppierungen werden.
- b) Die immensen Kosten für eine solche Veranstaltung trägt unweigerlich der deutsche Steuerzahler.

2. Die Landesregierung erhält den Auftrag, gegenüber dem Auswärtigen Amt und dem Bundeskanzleramt unmissverständlich klarzustellen, dass in Mecklenburg-Vorpommern keine neuerliche Durchführung des Weltwirtschaftsgipfels G8 erwünscht ist.

Udo Pastörs und Fraktion

Begründung:

Bei vielen Bürgerinnen und Bürgern der Hansestadt Rostock sind die schrecklichen Bilder vom 2. Juni 2007 noch in frischer Erinnerung, als gut organisierte linksautonome Banden, die auch aus dem Ausland angereist waren, sich mit der Polizei im Bereich des Stadthafens schwere Auseinandersetzungen lieferten. Über Stunden war die Lage kaum noch beherrschbar. Spiegel online vom 2. Juni 2007 zufolge trugen 433 Polizeibeamte Verletzungen, darunter auch offene Knochenbrüche, davon (siehe dazu Spiegel online: „Randale in Rostock: 430 verletzte Polizisten“). Unter den Demonstranten gab es gleichfalls hunderte Verletzte.

Laut polizeilichen Schätzungen befanden sich unter den Teilnehmern an Veranstaltungen und Versammlungen aus Anlass des G8-Gipfels mehr als 3.000 Personen, die dem sogenannten Schwarzen Block zuzurechnen waren (Große Anfrage der NPD-Landtagsfraktion, Drucksache 5/1160, Antwort zu Frage 35). Im Stadthafen und in den angrenzenden Nebenstraßen entstanden vornehmlich durch herausgerissene Gehwegsteine Schäden in Höhe von 8.669,50 Euro (ebd., Antwort zu Frage 67). Die Schäden an Fahrzeugen der Polizei wurden auf 74.982 Euro beziffert (ebd., Antwort zu Frage 69).

Welch hohes Gewaltpotenzial zurzeit des G8-Gipfels in Rostock und seinem Umland versammelt war, verdeutlichte die Verbotsverfügung der Polizeidirektion Rostock/KAVALA vom 5. Juni 2007 für eine für den übernächsten Tag angemeldete Kundgebung der NPD. So befanden sich laut polizeilicher Lageeinschätzung in Rostock und seiner Umgebung neben mehr als 3.000 gewaltbereiten Personen aus dem autonomen Spektrum „mindestens die gleiche Anzahl von gewaltgeneigten Personen und eine nicht zu beziffernde Zahl von Sympathisanten.“